

„Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“

Bericht von der AdB-Fachtagung zum Jahresthema 2017

Die politische Landschaft verändert sich – in Deutschland, in Europa, in der Welt. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie schnell demokratische Strukturen durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren erschüttert und die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Instanzen in Frage gestellt werden können. Diese Entwicklungen haben die politische Kultur negativ verändert. Offen als rechtsextrem erkennbare Einstellungen und Gruppen werden stärker und lauter.

Diese Entwicklungen nimmt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) zum Anlass, den Schwerpunkt seiner Arbeit im Jahr 2017 auf das Thema „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“ zu legen. Als Auftakt für die Aktivitäten zum Jahresthema fand vom 22. bis 23. November 2016 im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho eine Fachtagung statt, die mit über siebzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht war.

Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB-Vorstands, eröffnete die Veranstaltung und betonte die Dringlichkeit, dass sich Träger und Einrichtungen politischer Bildung als zivilgesellschaftliche Akteure stärker in die politischen Debatten einbringen müssten. Schon heute bestimmen Rechtspopulisten in Parlamenten, Ausschüssen und Gremien die Diskussionen mit und entscheiden auch über die politische Bildung. Hier bedarf es anderer, neuer Auseinandersetzungsformen als bisher und es bedarf klarer Positionen. Hierfür Orientierung und Motivation zu geben, sei ein zentrales Ziel dieser Tagung.

Den Eröffnungsvortrag hielt *Professor Dr. Achim Schröder*, Jugend- und Bildungsforscher, der anhand von fünf Thesen das schwindende Vertrauen in das politische System und die strukturelle Krise der repräsentativen Demokratie, die sich in der hohen Zahl der Nichtwähler/-innen und der sinkenden Zahl von Parteimitgliedern manifestiert, in den Blick nahm. Er beschrieb die steigende soziale Ungleichheit, die durch eine „neoliberale Komplizenschaft“ (Nachtwey) abgesichert werde. Er betonte die Rolle der Familie bei der Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und betonte die Relevanz von Emotionen in der Politik und für die politische Willensbildung, die einerseits vielfach unterschätzt und andererseits mit einem Sprung ins „Postfaktische“ auf den Kopf gestellt werde (vgl. [Thesepapier von Professor Schröder](#)).

Der zweite Vortrag zum Thema „Wer ist das Volk? Rechtspopulismus und Demokratie“, gehalten von *Dr. Marcel Lewandowsky*, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, gab einen guten Einblick in die unterschiedlichen Lesarten von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und in die jeweiligen Abgrenzungsmechanismen. Der Referent beschrieb den Rechtspopulismus als identitäres Demokratieverständnis, das als Stilmittel, aber auch als

(Partei)Ideologie genutzt werde. Demokratie, so Lewandowsky, beruhe auf zwei Säulen. Die demokratische Säule garantiert die Volkssouveränität und das Majoritätsprinzip, die verfassungsstaatliche Säule steht für die rechtsstaatliche Einhegung der Volkssouveränität. Populismus beruft sich allein auf die Volkssouveränität. „Das Volk“ ist Träger der Legitimation. Die rechtsstaatliche Einhegung der Volkssouveränität, die für den Erhalt der Demokratie unerlässlich ist, werde abgelehnt. Rechtspopulismus als Stilmittel geriere sich als „Bewegung“, die vor allem über eine charismatische Führungspersönlichkeit gewinnt. *Institutionell* verlange der Populismus, so der Referent, die ungeteilte Souveränität des Volkes, mit Blick auf die politischen *Prozesse* eine autoritäre Umsetzung des Mehrheitswillens. Das identitäre Demokratieverständnis zeige sich in der Betonung der eigenen (kulturellen) Identität, im Bedrohungsszenario von außen („Überfremdung“) und von innen (Erosion traditioneller Lebensweisen), in der (Wieder)Herstellung von Identität als Staatsaufgabe, im Wohlfahrtschauvinismus, im Nativismus und Rechtspopulismus (vgl. [Präsentation von Dr. Lewandowsky](#)).

Der Einladung zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Gut vertreten? – Die Beziehung zwischen politisch Verantwortlichen und Bürgerinnen und Bürgern“ waren *Christian Dahm*, MdL NRW, *Rocco Wilken*, Bürgermeister von Vlotho sowie *Julia Stute*, Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtrat von Vlotho, gefolgt. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von *Ina Bielenberg*, Geschäftsführerin des AdB. Die Gesprächsrunde diente dem Ziel, die Perspektive politischer Verantwortungsträger/-innen auf das Tagungsthema aufzuzeigen. Thematisiert wurden die Bürgernähe der Politiker/-in, die Motivation der Menschen zu politischem Engagement, die wachsende Politikferne sowie die sinkende Wahlbeteiligung. Der Zusammenhang von Politik und politischer Bildung war ebenfalls Gesprächsthema. Diskutiert wurde, dass Politik, die nicht deutlich machen kann, dass sie die Anliegen der Bürger/-innen aufgreift und ernstnimmt, nicht als legitim anerkannt wird. Wenn aber Politik diese Aufgabe nicht erfüllt, dann wird auch politische Bildung ins Leere laufen. Andererseits kann aber politische Bildung die Bürger/-innen dabei unterstützen, ihren eigenen Anliegen Ausdruck zu verleihen. In diesem Sinne wünschen sich alle Teilnehmenden auf dem Podium mehr gute politische Bildung sowohl in Schulen als auch in Einrichtungen der außerschulischen Bildung.

Der zweite Tag der Veranstaltung startete mit der Arbeit in drei Workshops, in denen die politische Bildung mit „besorgten“ Bürgerinnen und Bürgern, die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten in zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie die aktuellen Herausforderungen politischer Bildung im Fokus standen. Sebastian Reißig, Geschäftsführer der Aktion Zivilcourage e. V. in Pirna, berichtete von der Arbeit seines Vereins und den neuen Wegen politischer Bildungsarbeit, um Menschen wieder für die Demokratie zu gewinnen. Martin Arndt, Bildungsreferent des Vereins Soziale Bildung e. V. in Rostock, diskutierte mit den Teilnehmenden Strategien des Umgangs mit Rechtspopulisten in Gremien und Parlamenten. Und Christian Kirschner, Jugendbildungsreferent in der Bildungsstätte Alte Schule Anspach – basa e. V., stieß in der dritten Arbeitsgruppe eine Diskussion über die Aufgaben politischer Bildung in Krisenzeiten an, die auch eine mögliche Neubewertung des Beutelsbacher Konsenses einschloss.

Gina Ebner, Generalsekretärin der European Association for the Education of Adults (EAEA) aus Brüssel gab mit ihrem Beitrag „Vision oder Erosion? Zur Entwicklung der Demokratie aus europäischer Perspektive“ einen Einblick in europäische (Aushandlungs-)Prozesse. Sie berichtete, dass sich die Transparenz in der EU durch den Druck der Zivilgesellschaft und die Einführung eines Transparenzregisters verbessert habe, dass sich aber die Möglichkeiten für EU-Politiker/-innen, mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt in Kontakt zu kommen, durch die Reduzierung des Bürgerschaftsprogramms verringert habe. Die *Paris Declaration* mache zum ersten Mal deutlich, dass sich Bildung auch um die Vermittlung von Werten kümmern müsse. Die politische Bildung habe im Sinne von Demokratiebildung eine deutliche Höherbewertung erfahren. Die Referentin ermutigte die Teilnehmenden, auf die EU-Parlamentarier zuzugehen, das Gespräch zu suchen, mit kurzen Texten auf Themen aufmerksam zu machen, Hintergrundinformationen weiterzugeben und gute Beispiele zu beschreiben und damit sichtbar zu machen.

Zum Abschluss der Tagung gab *Karin Pritzel*, Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden, einen Rückblick aus Trägersicht. Sie resümierte zahlreiche Anregungen aus den Vorträgen und Workshops für die eigene Bildungsarbeit und wies darauf hin, dass dringend eine stärkere Lobby gebraucht würde: Aufgabe der Träger politischer Bildung sei es, sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung stark zu machen. *Ina Bielenberg* gab einen Rückblick aus Verbandssicht. Sie benannte drei Aspekte, die den Verband im kommenden Jahr bei der Umsetzung des Jahresthemas beschäftigen müssen: Was bedeutet der Rückzug in irrationale Argumentationen und die Rolle der Emotionen bei politischen Entscheidungen für die politische Bildungsarbeit? Wie kann politische Bildung der doppelten Abgrenzung (vertikal und horizontal) von Rechtspopulisten entgegenwirken? Und welche Strategien greifen bei Rechtspopulisten, die – anders als Rechtsextremisten – nicht mit Nicht- oder Antidemokraten gleichzusetzen sind.

Bei allen Diskussionen ging es immer auch um die Fragen des Verständnisses und der Aufgaben politischer Bildung. Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stellt sich also die Frage nach dem Professionsverständnis noch einmal neu: Wen sollte oder wenn will die politische Bildung erreichen? In welchem Verhältnis steht die politische Intervention zur politischen Bildung? Hier mehr Klarheit zu gewinnen, ist ebenso eine Aufgabe für das kommende Jahr.